



ben vom 21.03.2024 wendete sich die Bürgermeisterin an Frau Landesministerin Paul. Die Forderungen des Kita-Gipfels wurden zusammen mit der Bitte um Unterstützung bei der Umsetzung der Maßnahmen der Gladbecker Vereinbarung an die Ministerin übermittelt. Eine Antwort steht noch aus.

Aktuell werden unterdessen die verschiedenen Ansätze auf ihre Umsetzbarkeit geprüft. Es zeigt sich, dass manche Ansätze nicht weiterverfolgt werden können. So ist das Stadtgartenhaus an der Johowstr. aus bautechnischen und baurechtlichen Gründen nicht geeignet, um hier Kinderbetreuungsangebote durchzuführen. Zudem bestehen Nutzungskonflikte mit anderen Nutzungen, für die wiederum eine Lösung gefunden werden müsste. Die Nutzung des Grundstücks durch Container ist nicht möglich, da es sich um Ausgleichsflächen handelt.

Weitere Maßnahmen befinden sich noch in der Prüfung. So prüft die Stadt Gladbeck in Zusammenarbeit mit dem Landesjugendamt und dem Ministerium ein sogenanntes Platz-Sharing als Modellprojekt, zunächst in einer städt. Kita, umzusetzen. Dazu findet seit Februar ein kontinuierlicher Austausch mit den Genehmigungsbehörden statt. Geprüft wird, eine Kleingruppe von bis zu 15 Kindern mit einem zusätzlichen Bildungs- und Betreuungsangebot am Nachmittag zu versorgen. Von Seiten der Fachaufsicht des LWL wurde hierzu Bereitschaft signalisiert, ein solches Vorhaben gegebenenfalls als innovatives Modellprojekt gem. § 53 KiBiz NRW oder im Rahmen des KiBiz begleiten zu können.

Außerdem prüft die Stadt Gladbeck als Träger oder in Zusammenarbeit mit den freien Trägern, ein Waldkita-Konzept umzusetzen. Im Einzugsgebiet des LVR gibt es bereits im Gegensatz zu dem Einzugsgebiet des LWL viele Waldkitas. Auch hierzu wurde ein Kontakt zur Fachberatung des LWL hergestellt und um Unterstützung gebeten. Bezüglich möglicher Waldkita – Standorte wurde zunächst vorrangig eine Grundstückssuche mit einer Anbindung an bestehende städt. Einrichtungen durchgeführt. Leider erwiesen sich die von Seiten der betroffenen Einrichtungen angemeldeten Grundstücke als nicht realisierbar, da es sich um Ausgleichsflächen handelt. Eine autonome, 1-2 gruppige Waldkita wird nun an einem alternativen Standort im Gladbecker Süden geprüft. Weitere Maßnahmen werden in Zusammenarbeit mit den freien Trägern fortlaufend geprüft.

Die Stadt Gladbeck konnte in Zusammenarbeit mit den freien Trägern 60 neue Plätze in Brückenangeboten beantragen. Seitens des LWL wurden keine neuen Brückenangebote bewilligt. Eine Realisierung mit städtischen Mitteln wird aktuell geprüft. Hierzu sind insbesondere versicherungsrechtliche Fragen zu klären. Haushaltsmittel wurden für den Haushalt 2024 für die Schaffung zusätzlicher Brückenangebote bereitgestellt.

Die Stadt Gladbeck wird prüfen, ob und wie ärztliche Untersuchungen in den Kindertageseinrichtungen für neu angemeldete Kinder eingeführt werden können. Das örtliche Kreisgesundheitsamt bietet für diese Aufgabe aus personellen Gründen aktuell kein Angebot an und fokussiert sich auf die Schuleingangsuntersuchung. Zu prüfen ist, ob mit örtlichen Kinderärzten eine Kooperation geschlossen werden kann. Die Realisierung ist abhängig von

den finanziellen Möglichkeiten. Eine Förderung derartiger Angebote gibt es bisher nicht, auch hierfür wurde um Unterstützung seitens des Landes gebeten.

Alle Gladbecker Träger prüfen im Einzelfall sogenannte Überbelegungen gem. § 28 Abs. 2 Satz 2 KiBiz. Im Einzelfall werden darüber hinaus, wenn es vertretbar ist, Gruppenstärkenüberschreitungen für weitere Kinder fortlaufend geprüft und bereits umgesetzt.

Auch von Seiten der Kindertagespflegepersonen wird in Zusammenarbeit mit der Fachberatung Kindertagespflege die Aufnahme weiterer Kinder in Einzelfällen umgesetzt. Darüber hinaus werden Ausbaumöglichkeiten im Rahmen von Großtagespflegestellen aktuell durch das Fachamt in Zusammenarbeit mit einzelnen, in Gladbeck tätigen Trägern von Kindertageseinrichtungen geprüft. Zudem wird angestrebt, die Richtlinie zur Kindertagespflege vorzeitig anzupassen, um eine Attraktivitäts- und Qualitätssteigerung zu erzielen und weitere Ausbaupotenziale in der Kindertagespflege zu nutzen. Gespräche hierzu laufen.

Alle Maßnahmen stehen unter dem Vorbehalt, dass ausreichend pädagogische Fachkräfte gefunden werden und finanzielle Mittel, ggf. auch durch das Land, bereitgestellt werden, um die anvisierten Aufgaben wahrzunehmen.

Alle Unterzeichnenden fordern weiterhin von der Landesregierung:

- Eine schnelle Reform des KiBiz.
- Schaffung einer tragfähigen Basis für die Bildung und Betreuung der Kinder.
- Die Lockerung von Vorschriften vom Land sowie dem Landesjugendamt und eine großzügige Anwendung/Nutzung bestehender Ermessensspielräume, damit mehr Kinder in geeigneten Räumen und mit geeigneten erwachsenen Menschen gesund aufwachsen können.
- Eine Abkehr von einem unterfinanzierten System hin zu einer auskömmlichen Finanzierung und damit einer finanziellen Entlastung von Trägern und Kommune.
- Den Start einer Ausbildungsinitiative mit Attraktivitätssteigerungen für die Berufe in der Kinderbetreuung.

Alle Beteiligten sind sich einig. Gemeinsam wollen wir bestmöglich das gesunde Aufwachsen und die frühkindliche Bildung von Kindern in Gladbeck gestalten.

Es wird mündlich ergänzend berichtet.

**Finanzielle Auswirkungen:**

keine

folgende

**Ergebnisrechnung**

Ertrag	€
einmalig	
jährlich	

Aufwand	€
einmalig	
jährlich	
<i>darin enthalten:</i>	
Personalaufwand	
Sach- und Dienstleistungen	
Transferaufwand	

**investiver Finanzplan**

Einzahlung	€
einmalig	
jährlich	
<i>darin enthalten:</i>	
Zuschüsse	
Beiträge Dritter	

Auszahlung	€
einmalig	
jährlich	

Haushaltsmittel stehen:  zur Verfügung  nicht zur Verfügung

**Klimarelevante Auswirkungen:**

- keine wesentliche Klimarelevanz**  
Die Durchführung der Haupt- und Alternativenprüfung war daher nicht notwendig (keine Anlage).
- keine negative oder eine positive Klimawirkung**  
Die Durchführung der Alternativenprüfung war daher nicht notwendig (keine Anlage).
- eine negative Klimawirkung**  
Die Alternativenprüfung wurde durchgeführt und das Prüfungsergebnis ist als Anlage beigefügt.

**Beschlussentwurf:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Die Bürgermeisterin  
i. V.



---

- Rainer Weichelt -  
Erster Beigeordneter

---

In der Sitzung des

- \_\_\_\_\_-Ausschusses
  - Rates
  - Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschusses
- am \_\_\_\_\_ (nicht - öffentlicher Teil) wurde wie folgt beschlossen: